

## **Antwort zur Anfrage**

**Nr. AF/0001/2017**

Beratung im **Stadtrat** am **02.02.2017**, TOP öffentliche Sitzung

### **Betreff: Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Nutzung von öffentlichen Gebäuden für Vereinszwecke**

In der Ratssitzung am 16.Juni 2016 hatte die SPD-Ratsfraktion eine Anfrage (AF/0094/2016) zur Nutzung von Schulen und weiteren öffentlichen Gebäuden für Vereinszwecke gestellt. In der Antwort der Verwaltung vom 17.06.2016 sind eine Bestandsaufnahme und eine Bedarfsanalyse die Nutzung und Bereitstellung von multifunktionalen Räumlichkeiten betreffend in den Ortsteilen angekündigt.

Vor diesem Hintergrund fragt die SPD-Fraktion:

1. Ist die Bestandsaufnahme mittlerweile abgeschlossen?
2. Wenn Ja, mit welchen Ergebnissen?
3. Ist bei den Vereinen bereits der Bedarf abgefragt worden?

Die Stadtverwaltung erarbeitet derzeit eine Bestandsaufnahme zum möglichen Bedarf von multifunktionalen Räumlichkeiten für Vereine in den Stadtteilen. Die Bestandsaufnahme soll einen Überblick gewähren, in welchen Stadtteilen, welche Vereine derzeit einen ungedeckten Bedarf an Räumlichkeiten für ihre Vereinsarbeit haben und wie dringend dieser Bedarf ist. In einem zweiten Schritt soll geprüft werden, mit welchen Mitteln vor Ort geholfen werden kann.

Die Bestandsaufnahme ist noch nicht abgeschlossen, da sie sich im laufenden Verfahren als nicht unproblematisch darstellte. In einem ersten Schritt wurden verwaltungsintern die zuständigen Fachämter, die Ortsvorsteher und die Büros der Stadtratsfraktionen an der Bestandsaufnahme beteiligt. Das Ergebnis dieser Prüfung war jedoch nicht geeignet, eine belastbare Datenbasis für den tatsächlichen Bedarf an benötigten Räumlichkeiten sowie den bereits bestehenden Bestand zu liefern.

Daher wurden zu Beginn des Jahres 2017 stadtteilbezogen noch einmal Ratsmitglieder aus jenen Stadtteilen, aus denen bisher noch nicht ausreichend Informationen vorliegen sowie alle bestehenden Ortsringe in die Prüfung mit einbezogen.

Nach Abschluss der Bestandsaufnahme und nach Prüfung entsprechender Maßnahmen wird der Haupt- und Finanzausschuss unterrichtet.